

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieser
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl; amtlich 1 mm
30 Pfl und 24 Pfl; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brenzig, Hauswalbe, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 139

Mittwoch, den 18. Juni 1930

82. Jahrgang

Das Wichtigste

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ demontiert das Gerücht, daß der demokratische Reichswirtschaftsminister Dietrich dem Regierungsvorschlag über die „Reichshilfe“ zugestimmt habe. Dietrich habe weder schriftlich noch mündlich seine Zustimmung gegeben.
Wie der „Berliner Börsen-Courier“ hört, hat Reichsjustizminister Dr. Bräutigam ein Schreiben an alle Landratsverwaltungen geschickt und sie aufgefordert, den Staatsanwaltschaften ein unmaßstäbliches Vorgehen gegen das politische Raubvolk zur Pflicht zu machen.
Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist nach seiner Schweizer Fahrt gestern um 17 Uhr 55 bei ziemlich starkem Bodenvind (Windstärk. 6) glatt gelandet.
Georg Bratikanu hat in der rumänischen Kammer im Namen der Mitglieder der Liberalen Partei, die sich um ihn gesammelt haben, eine Freuerklärung für den König abgegeben.
Nach einer Meldung aus Kairo ist das ägyptische Ministerium am Dienstag zurückgetreten.
Wie aus Washington gemeldet wird, hat das amerikanische Marineministerium 322 Bombenflugzeuge für einen Betrag von 200 000 Pfund bestellt.

Den Rotziff, Herr Finanzminister!

Der Reichsfinanzminister hat's sehr eilig. Er hat dem Reichsrat seine Steuergesetze zugehen lassen und gleichzeitig gebeten, daß bereits am 18. Juni diese Entwürfe vor dem Reichstag zur Beratung kommen. Es ist zwar lobenswert, wenn Dr. Molkenhauer dafür eintritt, daß noch vor der Sommerpause das schicksalsschwere Finanzkapitel verabschiedet wird, aber es ist doch andererseits höchst bedenklich, wenn man bereit einschneidende Maßnahmen, die eine nie dagewesene Attacke auf die Börse des Steuerzahlers und friedlichen Bürgers bedeuten, im Hekttempo durchpeitschen will. Hier ist ein entscheidendes Wort geboten! So schnell geht's nicht, Herr Finanzminister! Schließlich haben die, die das Loch im Säckel des Staates stopfen sollen, doch noch das Recht, ihre Vorschläge gebührend berücksichtigt zu sehen. Und diese Vorschläge sehen verflügt anders aus als die finanzministerlichen.

Gestatten Sie, Herr Finanzminister, daß wir Bürger noch einmal nachdrücklich Ihren Forderungen die unferigen gegenüberstellen. Wir sollen uns einschränken, sollen einen erheblichen Prozentsatz unseres Einkommens konfiszieren lassen und uns mit dem Gedanken beruhigen, wir hätten dem Staat in der Not ein Opfer gebracht — denn das ist doch der Sinn des sogenannten „Notopfers“. Weite Kreise der Bevölkerung sollen also wieder einmal den Riemen enger ziehen und sich einschränken. Und was tun Sie, Herr Reichsfinanzminister? Haben Sie denn nicht daran gedacht, daß Sie Ihrem „Volke“ auch einige Opfer schuldig sind. Haben Sie sich nicht einmal die Frage vorgelegt, ob es nicht an der Zeit und Ihres Amtes wäre, den Steuerzahlern Beweise dafür zu geben, daß das Reich mit allen seinen Einrichtungen, Ministerien, Behörden und was das alles zugehört, mit gutem Beispiel vorangehen sollte? Den Bürgern wird Sparfameit gepredigt, ihnen wird von Ihnen, Herr Finanzminister, zugemutet, daß sie sich einschränken sollen, da es eine Notzeit sei. Dem Bürger gegenüber wird immer so gern mit den Worten Not, Opferpflicht, Interesse am Staatsganzem, und wie diese goldenen Worte alle lauteten, gespielt. Wie wäre es, wenn wir einmal den Spieß umdrehen? Wir würden gern sehen, daß uns die Stellen mit gutem Beispiel vorangehen, die von uns unser sauer verdientes Geld verlangen. Also bitte, Herr Finanzminister, wo sind Ihre Sparmaßnahmen? Das Reich verjüngt unsere Milliarden, es fordert immer neue an, aber „oben“ wird noch keine Sparmaßnahme vorgenommen. Schließlich wollen wir unser Geld nicht weg in ein Faß ohne Boden werfen, dazu müssen wir es uns zu schwer verdienen. Es sieht ganz so aus, als fänden sich nirgends auf weiter Flur Freunde für die Notopfer-Vorschläge des Finanzministers. Zu den vielen Protesten und Ablehnungen ist jetzt auch noch die der eigenen Partei des Finanzministers gekommen. Da hat Herr Molkenhauer noch einmal klar und deutlich vernommen, daß man von ihm entschiedene Ausgabenentzungen erwartet, die viel leichter zu bewerkstelligen und zu verantworten sind als die neue Schur der Steuerhäscher. Vielleicht überlegt sich der Finanzminister das doch noch einmal. Er versucht sein Notopfer damit zu begründen, daß er durch neue Steuern die Kapitalerträge nicht noch weiter schmälern wolle. Meint Herr Molkenhauer, daß er dieser Gefahr durch das Notopfer entgeht? Wir glauben vielmehr, daß er sich gar nicht so

Preussische Aenderungsvorschläge zum Notopfer

Die Wirtschaftspartei über die politischen und wirtschaftlichen Fragen — Reichsrat und Notopfer

Berlin. In maßgebenden politischen Kreisen werden im Anschluß an die ablehnenden Erklärungen der Deutschen Volkspartei und der Demokraten jetzt Aenderungsvorschläge zum Deckungsprogramm erwogen, über die folgendes verlautet:

Auf Anregungen, die aus den Kreisen des preussischen Staatsministeriums an die Reichsregierung herangetragen worden sind, soll das neue Deckungsprogramm jetzt dahin umgestaltet werden, daß für die Angestellten

die bisherige Freigrenze bei der Arbeitslosenversicherung von 8400 Mark Jahreseinkommen aufgehoben

wird. Das würde also bedeuten, daß künftig auch die Angestellten über 8400 Mark Einkommen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen haben, daß sie dafür aber auch im Falle eintretender Erwerbslosigkeit deren Schutz genießen. In diesem Falle müßten also von den Arbeitgebern der Angestellten künftig 2 1/2 v. H. des Bruttoeinkommens, von den Angestellten selbst gleichfalls 2 1/2 v. H. entrichtet werden. Mehrlich sollen

die Leistungen der Beamten

bemessen werden, nur daß hier lediglich sie selbst 2 1/2 v. H. ihres Einkommens zugunsten der Arbeitslosenversicherung aufzubringen hätten, während Reich, Länder und Gemeinden von dieser Auflage befreit blieben. Alle diese Mittel sollen unmittelbar der Erwerbslosenversicherung zugeführt werden, die man über den außergewöhnlichen Notstand dieses Jahres damit hinwegbringen zu können hofft. Würde damit deren Status endgültig saniert worden sein, so könnte zu einem späteren Zeitpunkt die Einbeziehung der Beamten sowohl als auch die Einbeziehung der höheren Angestellten wieder beseitigt werden. In den nächsten Tagen werden über diese Pläne mit den Sachverständigen und Führern der Regierungsparteien eingehende Verhandlungen gepflogen werden.

Die ledigensteuer soll auf mindestens 2 Prozent, wenn nicht auf 3 Prozent erhöht werden. Der übrige Teil der Einnahmen zur Deckung des Defizits soll durch Streichungen im Etat erreicht werden.

Das sächsische Ministerium gegen das Notopfer

Das Gesamtministerium hat beschlossen, im Reichsrat dem Entwurf eines Gesetzes über eine Reichshilfe der Festbesoldeten nicht zuzustimmen. Außer verfassungsrechtlichen Bedenken war hierbei bestimmend, daß die Reichshilfe der Festbesoldeten einen Teil eines auf Senkung der Preise der Produktionskosten und der Löhne gerichteten Programms sein soll, daß aber, bevor dessen Durchführung nicht genügend gewährleistet ist, eine einseitige und schematische Belastung eines Volksteiles nicht am Platze erscheint.

Dr. Oberfohren zum Deckungsprogramm der Reichsregierung.

Dresden. In einer Wahlkundgebung der deutschnationalen Volkspartei führte der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, u. a. aus, ein solcher Entlastungssturm, wie wir ihn jetzt gegenüber den neuen Forderungen der Regierung Brüning-Molkenhauer erleben, sei seit der Revolution noch nicht dagewesen. Der Kern jeder Steuergesetzgebung müsse Gerechtigkeit bilden. Im Molkenhauer'schen Programm aber handle es sich um den brutalen Versuch, ohne jede Rücksichtnahme auf die soziale und familiäre Lage vom Bruttoeinkommen vier Prozent zu nehmen. Dr. Oberfohren betonte, daß die Frist, die die Deutschnationalen der Regierung bis zum Herbst hätten gewähren wollen, viel zu lange bemessen gewesen sei. Ein Eintritt in die Reichsregierung käme für die Deutschnationalen nur in Betracht, wenn zugleich eine Aenderung in der preussischen Regierung im deutschnationalen Sinne erzielt werden könne.

Die Wirtschaftspartei über die politischen und wirtschaftlichen Fragen.

Der Abg. Dreiwitz hat an den Reichszankler Dr. Brüning ein Schreiben gerichtet, in dem er sich ausführlich über die Stellung der Wirtschaftspartei zu den zu lösenden poli-

tischen und wirtschaftlichen Fragen ausspricht. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß dem Reichstag das Gesamtprogramm über die Döhlhilfe, über die Arbeitsbeschaffung, die Neuordnung der Arbeitslosenfürsorge und das Krankenwesen ebensowenig vorliegt wie die Deckungsvorschläge für das neue Defizit. Trotzdem wolle die Wirtschaftspartei schon vorher zu diesen Fragen kurz Stellung nehmen.

Sie könne einer Erhöhung der Ausgaben nur zustimmen, wenn andererseits eine Herabsetzung der Ausgaben gegenüber dem von der Regierung Hermann Müller vorgelegten Reichshaushaltsplan durchgeführt werde. Wenn Zuschüsse an die Erwerbslosenversicherung bereitgestellt werden müßten, so könne das neben einer Einschränkung der Leistungen durch grundlegende Reformen der Arbeitslosenversicherung durch Abstriche an anderen Stellen des Etats geschehen. Möglich sei eine Reduzierung der Planstellen, eine Neuordnung der Bezüge der Beamten des Reiches, der Länder und Gemeinden, eine Beschneidung der Sachausgaben in allen Ministerien. Durch prozentuale Abstriche im Gesamtetat müßte eine wirkliche Ausgabenentzungen erreicht werden.

Die Wirtschaftspartei werde deshalb erneut einen Antrag auf prozentuale Senkung um 5 Prozent der Gesamtausgaben einbringen.

Das Kabinett solle die Quoten für die einzelnen Ministerien bestimmen. Von der Stellungnahme der Regierung und der Regierungsparteien zu diesem Antrag werde die Wirtschaftspartei ihre weitere Haltung abhängig machen. Einer Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung könne die Wirtschaftspartei nur zustimmen, wenn durch Reduzierung der Beiträge zur Krankenkasse die gesamten Soziallasten nicht erhöht würden. Eine Belastung der Angestelltenschaft nach dem Molkenhauer'schen Vorschlag wäre außerordentlich bedenklich. Dagegen sei eine Aenderung der Besoldungsordnung möglich, wobei Familien- und Kinderzulagen aus sozialen Gründen unangetastet bleiben müßten.

Reichsrat und Notopfer

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht eine Information einer Korrespondenz aus Reichsratskreisen, nach der die meisten Länder zu den Deckungsvorlagen des Reichsfinanzministers eine abwartende Haltung einnehmen werden. Einige Länder würden es, soweit man bis jetzt höre, ihren Vertretern überlassen, nach eigenem Ermessen zu stimmen. Das bedeute, daß diese Länder die Entscheidung absichtlich dem Reichstag überlassen wollten. Im allgemeinen würden sich die Länder dagegen wenden, daß das Notopfer der Beamten für andere Zwecke als für die Deckung des Fehlbetrages bei der Arbeitslosenversicherung verwendet werde. Damit sei eine zeitweilige Befristung des Notopfers auf die Dauer des Verwendungszweckes gewährleistet. Wahrscheinlich werde diese Befristung in der Weise erfolgen, daß das Notopfer solange erhoben werden solle, bis die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wieder auf drei Prozent gesenkt werden könnten.

Die Gesetze der BZB.

Der Verwaltungsrat der BZB. hat eine Unterkommision eingesetzt, bestehend aus Reichsbankpräsident Dr. Luther, dem Gouverneur der Bank von England, dem Gouverneur der Bank von Frankreich, sowie Professor Beneduce von der Bank von Italien mit dem Auftrag, Richtlinien aufzustellen für die Geschäfte, welche nunmehr von der Bank getätigt werden sollen, insbesondere für die Post und für die langfristigen Anlagen der der Bank zur Verfügung stehenden Summen.

Scheitern der Lohn- und Preisentzungenaktion?

Die Verhandlungen, die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern über die gemeinsame Aktion für die Lohnentzungen und Preisentzungen geführt werden, sind auf so große Schwierigkeiten gestoßen, daß man mit dem Scheitern dieser Verhandlungen rechnet.

